

rechteige fein sollen, außer in wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmahnsregeln überhaupt in solchen Maßnahmen bestehen können, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten". Es ist für jede vernünftige und sinnvolle Auslegung des Friedensvertrages davon auszugehen, daß es sich hier selbstverständlich nicht darum handeln könnte, die idrauflosende Willkür der Siegermächte gegenüber Deutschland zu legitimieren. Wir haben es mit einem Friedensvertrage zu tun, der einen rechtlichen Zustand regeln soll, und deshalb müssen nach § 18 als Strafmahnsregeln auch nur solche Fälle in Frage kommen, die den im Frieden üblichen allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen entsprechen oder die im Vertrage selbst ausdrücklich benannt sind. Dem Strafrecht im Frieden entspricht aber eine Verbotsbefreiung, die eine ausgefrorene kriegerische Handlung darstellt, in keiner Weise. Auch enthält der Berliner Vertrag nicht nirgends auch nur die leiseste Andeutung, daß die Besetzung deutschen Landes über das Saarland, das Rheinland und die Abstimmungsgebiete hinaus in irgendwelcher Weise ausgedehnt werden dürfe. Auch die Artikel 129 und 130 sehen nur die Verlängerung der Besetzung des auf Brand des Verlierer-Kriegs verlorenen Gebietes und die Möglichkeit einer Verteilung nach bereits vollzogener Kärtierung vor, bestehen sich aber nicht auf irgend eine darüber hinan gehende Ausdehnung der Besitzergreifung. Aus einer dem Geiste des Vertrages entsprechenden Ausdehnung des § 18 läßt sich dennoch in keiner Weise die Folgerung ableiten, daß die Besetzung weiteren deutschen Gebiets während des Friedens aus irgendeinem Grunde rechtmaßig genommen werden könne. Dazu kommt überdies noch ein befürchtetes Moment, das von wesentlicher Bedeutung ist, weil es zeigt, daß unsere Einde selbst in einem früheren Stadium der Entwicklung über die Unrechtsfähigkeit eines solchen Vorhabens nicht im Zweifel gewesen sind. Als aus Anlaß der Verhöhung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow ein Notrufschiff zwischen Deutschland und den Alliierten vorfuhr, drohte die Londoner Flotte zwar mit einer Verbotsbesetzung, erklärte aber ausdrücklich, daß davon nur so lange die Rede sei, als der Frieden noch nicht formell abgeschlossen sei. Und ehe in Paris das Friedensprotokoll unterzeichnet wurde, gab Clemenceau dem Freiherrn v. Verdner die bestimmte Erklärung ab, daß fortan jede weitere Besetzung deutschen Gebiets ausgeschlossen sei, so lange der Frieden da wäre, und daß jedes weitere Vorgehen einen neuen Kriegsausbruch zur Voraussetzung habe.

Ergebnis hiermit der Verteilungslinie nach  
Rheinland und Westfalen gehen auch neue  
Reichsgrenzen mit Vorortenbegrenzung nach.  
Nach allgemein ist also die Siedlungsfläche Westens im  
Frieden, ohne die Ankündigung eines ernsthaften Kriegs-  
beginnandes, bilden Frankreich und England, voll unbefahmbarer  
Grenzen nach dem reichen deutschen Industriegebiet im  
Westen, die nun nach deutschem Lande eingetreten, um die  
Hauptorte des vorzüglichen deutschen Fleischvertriebes unter  
ihre Kontrolle zu bringen. Von Düsseldorf-Büderath erhalten die  
beiden Westmächte die Macht nicht schon über den  
arbeitsamen Bürgernahmen des Reichslandes und über den End-  
und Ausgangsvertrieb der großen Wasserstraße Rhein-  
Main-Donau, sondern auch über den größten Teil des deutschen  
Wasserverkehrs aus dem Jenseit. Wohin die Macht weiter  
geht, erhebt aus der Tatsache, daß ganze beliebte Gebiet  
durch Errichtung einer Zollgrenze vom Reich abzuwerfen.  
Nach daß ist eine glatte Rechtwidrigkeit; denn in Art. 270 wird das Recht der Mächte, für das besetzte Wehrteile eine  
eigene Zollordnung zu schaffen, ausdrücklich an die Voraus-  
setzung gefestigt, daß eine solche Maßnahme erforderlich sei,  
um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser  
Gebiete zu wahren". In diesem Falle aber soll im Frieden  
mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung  
die Zollgrenze geschaffen werden, von den rechtswidrigen  
Zand nachzu führen. Alle Rechtsbestimmungen überall, auf  
Schrift und Sprach

Greubner Nachrichten  
mitteim Jahr 1821

卷之三

### **Englische Preßestimmen.**

**Bonbon.**, 8. März. Alle Mongenblätter beipreschen das Scheitern der Konferenz. Die „Times“ summt der Anwendung der Sanktionen durchaus zu, lädt sie jedoch, es ist im Interesse Deutschlands und auch der Entente, daß dieser Beweis der Stärke und Einheit der Entente genügt und dieser die Notwendigkeit eriparen müsse, strenger Vollzugsmassnahmen zu treffen. Die Ultimaten wünschen wie Blond George zu Dr. Simons gefragt habe, einen wirklichen Frieden. (?) — „Daily Chronicle“ schreibt: Die jetzt in Deutschland herrschenden Parteien forderten den Friedensvertrag heraus. Wenn die Ultimaten nicht sofort den Druck ausüben, wie er notwendig sei, um die reaktionäre Verschwörung (?) in Deutschland zu unterdrücken, dann hätten die Ultimaten verloren. — Die „Morning Post“ erwartet, daß die Deutschen nachgeben werden, wenn sie seien, daß England, Frankreich und Belgien ernstlich zusammenhalten. Das Blatt wünscht, daß Blond George und Briand den jeweiligen Augenblick benutzen, um ein Bündnis abzuschließen. — „Daily Express“ hält das Scheitern der Konferenz für eine Tragödie, die zu Verstärkungen für die Bulunf Anlaß geben werde. Das Blatt schreibt, daß England einen möglichst geringen Anteil an dem Vermöthe in Deutschland habe, da die Reparationen nicht durch so militärische Mittel gewonnen werden würden. — „Daily Echo“ schreibt in einem „Eine ernste Entscheidung“ über die erzielten Beiträge. Blond George habe das Angebot für eine friedliche Übung, daß von der deutschen Delegation unterzeichnet worden sei, bestreite geichoben. Blond George habe vollkommen vor Briand kapituliert. Die kanadische Rechtsopposition triumphiere. Die Anwendung der Gewalt sei in verschiedener Beziehung nicht zu verteidigen. Der Bormorath weiß könne sich noch ehe viele Monate vergangen seien, als ein Marsch zur Vernichtung erweisen. Das Blatt protestiert zum Erfüllung feierlichen den Bankerott der Politik und den Wohlsten zu, aber es möglich macht, daß Europa durch die Aktion zusammenbreche, und soviel: Wenn es so kommen wird, dann wird nicht auf Deutschland der Hauch der Radikalität fallen. (B. L. B.)

Die französische öffentliche Meinung.

Paris, 8. März. Alfred Capus schreibt im „Gaucho“: Niemand wird Frankreich die Gerechtigkeit verweigern können, wenn es sich selbst Gerechtigkeit verhofft. Deutschland übernahm nun mehr genau wie 1914 trotz seiner Proteste die vollkommenen Verantwortung für die bevorstehenden Ereignisse. — Raoul Dautry sagt im „Excelsior“, die Sanctionen seien ein Anfang, und wenn die ersten nicht genügten, könnten andere folgen. — „Humanité“ sagt, 21 Monate nach Abschluß des Friedensvertrages von Versailles und 28 Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes befinden sich die Völker aufs neue vor furchterlichen Konfliktdrohungen. Die Diktatfrieden von 1919 und 1921 führen unweigerlich zu solchen Schlimmen Abenteuern. — „Journal du Peuple“ sagt, jeder müsse jetzt seine Verantwortung übernehmen von heute ab auch das Proletariat. Da die bürgerliche Diplomatie Schliffdruck gelitten habe, müsse es die Völker vor Kämpfern warnen. — Gewerkschaftssekretär Dumoulin stellt im Syndicalistenblatte „Le Peuple“ die Frage: Wenn das der Krieg wäre, wenn die Gewalt der einen und die Erbitterung der anderen aufs neue die beiden Völker einander gegenüberstellen würde — was werden wir tun? Der französisch-militärische Ritterismus tritt jetzt ledt als Antirevolution auf. Er ist in ein Land eingedrungen, das nicht das unzige ist, um die Kosten zu vermehren, ohne einen Nutzen daran zu ziehen. Wir werben also gerade heraus und weisen nun den Krieg zu lieben. Ich sehe keine andere Lösung. Sofort müssen wir uns entscheiden, die Normen anzuwenden, und zu weigern, in den Krieg zu ziehen. — „Figaro“ hofft, wenn Dr. Sionos ein Abkommen unterzeichnet hätte, dann könnte man noch einmal die französischen Aforderungen verhindern. Der deutsche Minister hat Frankreich vielleicht vor dem Sturm gerettet. (B. T. 41.)

## Die Sallung-Beperns.

München, 8. März. Im Staatsbausaal des Reichstags gaben wir mittag in Anwesenheit der gesamten Regierung und des Reichspräsidenten Dr. v. Rath folgende Erklärung ab: trotzdem unsere Unterhändler in London in Übereinstimmung mit dem Willen des gesamten deutschen Volkes zur Herstellung eines ehrlichen Friedens den Befordertungen unserer Gegner bis an die äußerste Grenze des Möglichen entgegengekommen sind, blieben die Verhandlungen ergebnislos. Die Gegner beharrten bei ihrem ungetreuen und unmöglichen Partier-Diktat, weil sie um vernichten wollen. Das deutsche Volk hat im Bewusstsein einer Ehre und seines Rechtes es abgelehnt, auf eigenen von Unwachtheit und Hah erionnenen Verflüssigung seine Interessen zu geben. Die Armee wollten und wollen wir auf uns nehmen, aber Unfreiheit und Sklaverei niemals. (Bravoli) Infolgedessen liegen die Gegner unter abermaliger Verleugnung des von ihnen selbst dictirten Friedensvertrages von Versailles nun mehr ihre sogenannten Sanktionen in Kraft. Wir protestieren insbesondere dagegen, daß dem deutschen Volke immer noch allein die Schuld an Weltkriege aufgebürdet werden soll. (Bravoli) Das Börgelien der Gegner befähnet neue Gewalt, neuen Druck und neue Gefahr militärischer, ideeller, wirtschaftlicher und politischer Art. Bei der Bestrafung unserer Gegner müssen wir, das dies kommen würde. Indem wir in London ein sagten, waren wir zugleich und allen voran die best

## Ausschreitungen gegen Deutliche in Brüssel

**Frankfurt a. M., 8. März.** Am Sonntag ereignete sich in Brüssel, wie der "Krafft Zug" bemeldet wird, ein bedeckender Judenattentat. Eine Gruppe Kriegsteilnehmer hämmerte während einer von Deutschen bewohnten Wohnung, demolierte alles und verlebte den Inhaber ab. Als die Polizei eintritt und Verhaftungen vornahm, wußte das Publikum gegen sie Partei und verlud das Revier zu führen. Die Urtheile nahm erst ein Ende als die Verhafteten entlosten wurden.

#### **Diphenyl als Gräulent bei Harding.**

Paris, 8. März. Wie der "Monitor" mitteilt, hat die französische Regierung beschlossen, den Abgesandten General Bivona in besonderer Mission nach Amerika zu entsenden, um dem Präsidenten Garibaldi bei Übernahme seiner Autodiktatur die besten Wünsche auszutauschen zu übermitteln.

## Die **Österreicher** auf dem Wege nach London.

Bien, 8. März. Auf Einladung der englischen Regierung wird um der Bundeskanzler Dr. Bauer mit dem Bundesminister für die Volksernährung und die Finanzen eine Rundreise nach London begeben. (B. L. B.)

## Die Unruhen in Irland.

**Die Eintrüben in St. Louis.**  
 London, 5. März. In Island haben während der letzten 48 Stunden die Unruhen sehr zugenommen. Ein Gefecht von etwa 800 Söldnern in der Großstadt Cork endete mit dem Tode des Generals Guerin und mehrerer Offiziere und Soldaten. In Dublin fanden verschiedene Bombenangriffe statt. Mehrere Brände brachen aus. Auch in der engeren Umgebung von Cork-Gefolge wurden verschiedene Brände gelegt, unter anderem in ein Petroleumdepot.

**Besprechung der Reichsregierung**  
Berlin, 8. März. Das Reichskabinett sieht die

Berlin, 8. März. Das Reichskabinett hielt heute nachmittag eine Besprechung mit Sachverständigen aus den besetzten Gebiete ab.

## Deutscher Reichstag.

**Durchmeldung unter Berliner Offizie**  
**lungsamt**

Berlin, 8. März. Nach der bereits mitgeteilten Eröffnung des Reichskanzlers Gehrenbach über die Londoner Verhandlungen erhält das Wort Abg. Griesemann (D. Bp.): Nach dem Wunsche der Mehrheit des Hauses soll jetzt noch nicht zu den Erörterungen des Reichskanzlers Stellung genommen werden. Nur eine Erörterung ist Voraussetzung die Unwesenheit des Außenministers. Ich möchte aber weiter der Meinung Ausdruck geben, daß es wünschenswert ist, über die in London geführten Verhandlungen und auch über jene der in Berlin geführten Verhandlungen zunächst dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten Gelegenheit zur eingehenden Erörterung zu geben. Ich bitte daher, jetzt von einer Besprechung Abstand zu nehmen. — Abg. Grispien (U. S. P.): Der Reichskanzler hat nicht im Namen des gesamten Reichstages gesprochen. (D) Daher beantragen wir sofort in eine Erörterung einzutreten. — Abg. Dr. Peul (Komm.): Wenn die lauflichen Erörterungen für eine Ausprache noch nicht gegeben sind, dann hätte auch der Reichskanzler schwigen müssen.

Abg. Müller-Hausen: Es geht nicht an, die Reise des Reichskanzlers mit der gleichen Phantasie zu interpretieren wie die Vorredner. Man würde es im Auslande und im Innern nicht verstehen haben, wenn der Reichskanzler geschwiegen hätte. (Zustimmung.) — Abg. Grispien (U. S. P.): Die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses sind geheim. Nur die Auskunftsmitglieder können daran teilnehmen. Damit istlich die Geschäftsordnungsausprache. Der Antrag, sofort in die Erörterungen einzutreten, wird abgelehnt.

Das Handtrett in die Tagesordnung ein und erledigt zunächst kleine Anfragen. Der Abg. Dr. Barth Chemnitz (D.-P.) beschwert sich darüber, daß trotz der Arbeitslosigkeit in der vogtländischen Spigen- und Stickerindustrie die Einfuhr von Schweizer Stickerl genehmigt werde. Die

Regierung erwiesen darauf, daß ein grundsätzliches Einfuhrverbot erlassen sei. Eine Ausnahme wurde nur für eine sämige Firma gemacht, die zur Abnahme vom Schweizer Sektor verpflichtet war, aber im Interesse eines anderen südlichen Industrieknappes der verarbeitenden Industrie keine Bedenken braucht.

den Frieden gleichzeitig die Städteien bringt.  
Auf Anfragen der Abg. Laverenz (D. N.) und Bößler (Soz.), was die Regierung zu tun gedenke, um den Polen Muthl., den Mörder des Verleger's Rupke, vor dem ordentlichen Strafgericht abzurichten, den die Franzosen aus dem Gefängnis befreit haben, wird erwidert, daß die interalliierte Kommission einen besonderen Geschäftshof für Überfälle gebildet hat für die Verfolgung aller durch die Nationalitätskämpfe hervorgerufenen Verbrechen. Diese Verordnung hat die Reichsregierung keineswegs nicht anerkannt. Aber selbst wenn sie rechtmäßig wäre, handelt es sich immerhin hier um ein geines Verbrechen, denn der Täter hat aus Gewissensfurcht gehandelt. Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln sei wegen der Befreiung des Mörders und der Beichtnahme der Akten nochdrücklich bei der Kommission vorstellig geworden. Es folgt die dritte Sitzung des

Geschenktwurzes zur Entlastung der Gerichte.  
 Abg. Leutheusser (D. Vp.): Auf keinen Fall sollten die Beschlüsse über die Auflassung der Frauen zu den Kürmern der Schöffen und Geschworenen in dieses Gesetz eingeführt werden. Wir bitten, den in der zweiten Sitzung gefassten Beschluss rückgängig zu machen. — Abg. Graefe (D.-R.): Unsere ablehnende Haltung bei der namentlichen Abstimmung der Frauen als Geschworene ist nicht als grundsätzliche Ablehnung zu verstehen. Die Frauen sollen wortlos bis zur Regelung der Angelegenheit beim Richtergericht. Die Soche darf nicht im Vorbeigehen erledigt werden. — Abg. Frau Dransfeld (Zentr.): Hürt uns und ist die Mitarbeit der Frauen in der Rechtspflege etwas Naturnotwendiges, damit die männliche und weibliche Seite des menschlichen Denkens auf Geltung kommen kann. — Abg. Frau Dr. Ulbers (Dem.) und Frau Pfäff (Cov.) verlangen Auflösung der Frauen zum Schöffennamt. Reichskanzleramtsminister Dr. Heinze erklärt: Politisch sehr fest darin.

fest, daß  
Frauen zum Dienste als Schöffen und Geschworene  
angelassen werden.  
Die Frage sei nur: Auf welchem Wege ist das juristisch  
möglich? Es bieten sich zwei Wege. Entweder der, der  
bereits vom Reichstag angenommen ist, oder der des An-  
trages Leutheuer. Ich bitte um Annahme dieses Antrages  
und hoffe, daß die Vorlage schon in den nächsten Wochen  
dem Reichsrat angehen kann und daß die Frauen bereits  
in der nächsten Schwurgerichtsperiode einberufen werden  
können.

dah die Frauen zum Schöfften und Geschworenenamt aufgelassen werden, als dah sie zu der Stunde der Ablieferung der Witschüsse einheitlich Stellung nehmen. (Schr richtig.) Es wäre richtiger, die Frauen würden erzieherisch auf die Männer dahin einzuwirken, dah sie weniger die Würde des Hauses verlieren. (Värm linke.)

Der Antrag erlaubt (z. B.), durch den einen oder  
anderen (Dem.), Graefe (D. A.), Dr. Beverle (Baar und)  
will die Zulassung der Frauen an den Amtsrn der  
Schöffen und Geschworenen aus diesem Gesetz ausschließen  
und dafür folgende Entschließung annehmen: Die Reichs-  
regierung wird erachtet, baldigst spätestens gleichzeitig mit  
dem ansetzt dem Reichstag vorzulegen: Entwurf eines  
Augenärztekörperschaffes einen Vorschlag vorzulegen,  
der den Frauen den Zugang zum Schöffens- und Ge-

Bei den Abstimmungen erfolgt die Annahme des Auftrages Beuthenauer (D. Bp.) auf Streichung der in der zweiten Fassung erfolgten Auslassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 140 Stimmen bei zwei Abstimmungsgesamten. Davon den Antrag stimmten außer den drei sozialistischen Stimmen vereinzelte Demokraten. Die Abstimmungsergebnisse ergeben nunmehr das Gesetzes gegen die Unabschaffungen und Ermittlungen. Angenommen wurde ferner die Entschließung um Erweiterung des Güterverhahrens und die Entschließung Beuthenauer. — Dazu wird die Aussprache zum  
Gesetz des Reichsfinanzministeriums fortgesetzt. — Abg. Rohmann (Soz.) verlässt die Einleitung einer Gemeinwirtschaft, die den arbeitenden Säulen weitgehende Rechte eröffnet. Seine Freunde hätten gegen Schatzminister v. Staumer immer das archte Wichtigste gehabt. Siebner wendet sich weiter gegen den Einfluss des Herrn Stinnes und verbreitert sich dann über die Vorgänge bei den heutigen Werken. — Das Haus vertagt sich auf morgen. Auf der Tagesordnung werden liegen: Die Auseinandersetzung Haderholz (Unabh. Eva.) über die Preissteigerung in der Metallindustrie und Gouvernements.

**Streiemann zur Lage**

Berlin, 8. März. Stresemann schreibt im „Achter-Abendblatt“, daß er die jetzige Situation nur als einen übergeausgaujand ansiehen vermöge. Für die Alliierten sei der Aufstand der heutigen Abwandsmaßnahmen ein völlig unbefriedigender, ob sei denn, daß Frankreich lediglich politische Inspirationen besaße, hinter denen seine wirtschaftlichen Interessen völlig aurücktraten. Stresemann ist überzeugt, daß der Drang nach einer Verständigung (?) zwischen den Alliierten und Deutschland sich so stark geltend machen werde, daß sich an die Vondover Verhandlungen andere Verhandlungen anschließen werden.